



„Wollt ihr Frieden oder in Frieden gelassen werden?“

Dr. Klaus Olshausen

Oktober 2026

Zusammenfassung

„Wollt ihr Frieden oder in Frieden gelassen werden?“ Es war diese Frage, die der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy im März 2009 seinen Citoyens stellte, als er den Weg zurück in die Organisation der Nordatlantikorganisation durchführte.

Zwei Vorgänge in Deutschland und den USA mit Folgen für den Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigen, dass diese Frage an AfD und BSW Sachsen-Anhalt und an Präsident Trump neue Bedeutung gewinnt.

Präsident Trump und das AfD/BSW-Personal in Magdeburg wollen am besten mit dem russischen Angriffskrieg nichts zu tun haben. Das AfD/BSW-Team will eigentlich alle Gelder an die Ukraine für sich, und Trump will endlich seine schon in Alaska erkennbaren weitreichenden Business-Projekte mit Putin und dem Kreml verwirklichen. Das AfD/BSW-Narrativ muss durch verstärkte Aufklärung über die Gefahr von Putins Eurasia-Politik und sein imperiales Drängen nach Westen zurückgedrängt werden und durch eine Politik für eine freie, unabhängige Ukraine in einem freien, sicheren, wohlhabenden Europa ins Abseits gestellt werden.

Schwieriger wird es für Europa, Präsident Trump von einem einseitigen Vorgehen mit Putin zulasten nicht nur der Ukraine, sondern des freien Europas abzubringen und den Weg für den Stopp von Russlands Aggression fortzusetzen als Voraussetzung für einen fairen Frieden.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

„Wollt ihr Frieden oder in Frieden gelassen werden?“ Es war diese Frage, die der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy im März 2009 seinen Citoyens stellte, als er den Weg zurück in die Organisation der Nordatlantikorganisation durchführte.

Die Bundesrepublik hat in der geopolitischen Entwicklung der letzten Jahre immer wieder Debatten erlebt, in denen diese Frage an manchen Teilnehmer der Debatte gestellt werden konnte. Seit dem Beginn des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine wurde und wird die Unterstützung der Selbstverteidigung der Ukraine von der Mehrheit der Menschen in Deutschland bejaht. Aber mit der Dauer des Krieges werden Stimmen – insbesondere in den rechten Parteien und spezifisch linken Gruppierungen – lauter, die die Aggressivität Russlands unterschlagen und die Fortsetzung der umfassenden Unterstützung in Frage stellen.

Einen Vorgang, der besondere politische Aufmerksamkeit suchte, bildet die Abstimmung der AfD und des BSW im Landtag in Sachsen-Anhalt am 14. Oktober. Die weitere Unterstützung der Ukraine wird abgelehnt. Die „gestörten“ Energie- und Wirtschaftsbeziehungen zu Russland müssen wiederhergestellt werden, da sonst „Industrie, Gewerbe und Handel in Deutschland und unsere Bürger (weiter) massiv geschädigt werden“. Dass in dieser Woche dann auch Präsident Donald Trump faktisch eine ähnliche Position einnimmt, wonach das Schicksal der Ukraine und damit des freien Europas hinter Sorgen um die Ergebnisse der Zwischenwahlen einerseits und seine eigenen längerfristigen ökonomischen Interessen mit Russland zurücktritt.

Alle, die den bald fünfjährigen Überlebenskampf der Ukraine gegen den brutalen Aggressor Putin mit wachen Augen verfolgen und mit politischen und starken militärischen, finanziellen und humanitären Mitteln und Maßnahmen die Behauptung des zweitgrößten Landes Europas unterstützen, können nur den Schluss ziehen, dass Völkerrecht und Leiden unschuldiger Menschen keine Orientierung für deren Argumente und Handeln darstellen.

Es klingt wie Hohn, wenn der Aggressor Russland nicht benannt wird, wenn Parteinahme für das Opfer den Krieg verlängert, ja eskaliert, und wenn das Leiden durch Unterstützung der Ukraine herbeigeführt wird. Alle weiteren Argumente unterstreichen zwei wesentliche Punkte: das Schicksal der Ukraine ist ihnen egal, Russland soll doch die Ukraine unterwerfen. Die Haltung ist faktisch eine Unterstützung Putins. Sie resultiert aber v.a. aus der kurzsichtigen, selbstsüchtigen Auffassung, dass alle Gelder für die Ukrainer besser für die eigene Bevölkerung genutzt werden müssten.

Und dass nach dem Kriegsende oder schon einem Waffenstillstand wieder „die alten Beziehungen zu Russland aktiviert werden sollten“. Faktisch gewinnt Deutschland, so klingt es, wenn eine „friedensschaffende Politik“ Russland gibt, was es fordert. Sollte man zugunsten der Personen aus AfD und BSW annehmen, dass sie glauben, Putin werde mit einer unterworfenen Ukraine zufrieden sein oder nehmen diese sogar Einschränkungen ihrer eigenen Freiheit in Kauf gegenüber einem weiter imperial ausgreifenden Russland? Sozusagen als „Trostpflaster“ ihrer eigenen Russlandfreundschaft werde man für eine unterworfenen Ukraine auf den „Status als neutraler Staat hinwirken“.

Solche Beschlüsse eines Landtages unterstreichen deutlich, „dass man in Frieden gelassen werden will“. Bemäntelt, ja verschleiert, wird dies mit dem Ziel, das Sterben zu beenden und eine Ausweitung des Krieges zu verhindern. Wie sehr sie sich für ihre Haltung eine weiße Weste verschaffen wollen, unterstreichen die haltlosen



Vorwürfe von Claudia Wittig, „die Ukraine haben den Angriffskrieg Russlands durch den Bruch verschiedener Abkommen provoziert“.

Während solche Landtagsbeschlüsse und auch andere Aussagen ähnlicher Art daran arbeiten, die Haltung der deutschen Bevölkerung gegen die Ukraine und für ein Russland der Diktatur einzunehmen, bewirken die Haltung und die politischen Maßnahmen von Präsident Donald Trump und Teilen seiner Administration zwar offensichtlich keine Änderung der deutlichen Mehrheit der Menschen in den USA für die Unterstützung der Ukraine. Aber die Beschimpfungen von Präsident Selenskyj als Schuldigen für den Krieg und seine Dauer bietet Trump die Kulisse, um dem Abwehrkampf der Ukraine zu schaden und Putins Krieg mit anhaltenden massiven Einnahmen aus dem Öl- und Gasverkäufen zu stützen.

Bei aller Sprunghaftigkeit Trumps in dieser Frage war seit seinem Amtsantritt klar, dass er diesen Krieg beenden wollte und am besten immer auf denjenigen Druck ausübte, wo er erwartete, seinem Ziel näherzukommen. Dass ihm die Ukraine ziemlich wenig bedeutet, hat er durch die Einstellung direkter Hilfe an die Ukraine – jüngst sogar bei Nachrichtendiensten und der Nutzung von Starlink und Starshield – ebenso unterstrichen, wie mit den Ergebnissen seines aufgeblähten Treffens mit Putin in Anchorage im August 2025.

Der kürzliche Diesel-Deal und die Aussetzung der vor wenigen Wochen unterzeichneten Sanktionen gegen Käufer russischer Energie am 16. Oktober haben keinerlei Bezug zum Aggressionskrieg. Sie nehmen alle negativen Folgen für die Ukraine hin, nur um vielleicht doch noch eine Senkung der Benzin- und Dieselpreise in den USA in den Tagen vor den Zwischenwahlen zu erreichen. Ob das eintritt, darf man bezweifeln, aber die Ukraine wird den „Geldsegen“ für Putin in verstärkten Angriffen auf ihre Energie- und andere wichtige Infrastruktur durchleben müssen.

Präsident Trump und das AfD/BSW-Personal in Magdeburg wollen am besten mit dem russischen Angriffskrieg nichts zu tun haben. Das AfD/BSW-Team will eigentlich alle Gelder an die Ukraine für sich, und Trump will endlich seine schon in Alaska erkennbaren weitreichenden Business-Projekte mit Putin und dem Kreml verwirklichen. Das AfD/BSW-Narrativ muss durch verstärkte Aufklärung über die Gefahr von Putins Eurasia-Politik und sein imperiales Drängen nach Westen zurückgedrängt werden und durch eine Politik für eine freie, unabhängige Ukraine in einem freien, sicheren, wohlhabenden Europa ins Abseits gestellt werden.

Schwieriger wird es für Europa, Präsident Trump von einem einseitigen Vorgehen mit Putin zulasten nicht nur der Ukraine, sondern des freien Europas abzubringen und den Weg für den Stopp von Russlands Aggression fortzusetzen als Voraussetzung für einen fairen Frieden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Klaus Olshausen